

Danzig, Montag, den 11. Februar 1867.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle königl. Post-Amtstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreußischen Zeitung, Hundegasse 70. Vierteljährlicher Abonnements-Preis: für Danzig 1 Thlr.; bei allen königl. Post-Amtstalten 1 Thlr. 5 Sgr. Monats-Abonnements 12½ Sgr.

Preußische Zeitung.

Den Mitgliedern des Preuß. Volksvereins die ganz ergebenste Anzeige, daß morgen

Dienstag, den 12 d. M.,

Abends 7 Uhr

im kleinen Saale des Selouschen Etablissements eine Generalversammlung stattfindet, die Herr Regierungs- und Schulrat Dr. Wantrup mit seiner Gegenwart beeindrucken wird.

Danzig, den 11. Februar 1867.

Der Vorstand.

Berlin, 9. Februar.

In Gemäßigkeit der Allerhöchsten Botschaft vom 7. d. M. hatten sich zum Schlusse des Landtages die Mitglieder des Herrenhauses und des Hauses der Abgeordneten heute gegen 1 Uhr Nachmittags in großer Anzahl im Weißen Saale des Königlichen Schlosses versammelt. Um 1½ Uhr stellten sich die Minister links vom Throne vor ihren Plätzen auf. Bald nachher erschien Seine Majestät des Königs, von den entthusiastischen Hochrufen der Versammlung empfangen, und gefolgt von den Prinzen des Königlichen Hauses, welche rechts vom Throne, Seine Königliche Hoheit der Kronprinz demselben zunächst ihre Stellung einnahmen.

Der Präsident des Königlichen Staats-Ministeriums, Graf von Bismarck, überreichte Sr. Majestät dem Könige die Thronrede, welche Allerhöchsteselbe bedeckten Hauptes, vor dem Thronstuhl stehend, mit seiner Stimme, wie folgt, verlas:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Am Schlusse einer inhalstreichen Sitzungs-Periode spreche Ich Ihnen Meinen Dank aus, daß Sie Meiner Regierung geholfen haben, die Hoffnungen zur Erfüllung zu bringen, welche Ich an diese Session knüpfte.

Durch Ertheilung der Indemnität für die ohne Staatshaushalts-Gesetz geführte Finanz-Verwaltung der letzten Jahre haben Sie die Hand zur Ausgleichung des Prinzipienstreites geboten, welcher seit Jahren das Zusammenwirken Meiner Regierung mit der Landes-Vertretung gehemmt hatte.

Ich hege die Zuversicht, daß die gewonnenen Erfahrungen und ein allseitiges richtiges Verständniß der Grundbedingungen unseres Verfassungslabens dazu helfen werden, die Erneuerung ähnlicher Zustände in der Zukunft zu verhüten.

Durch die Gewährung der außerordentlichen Mittel für die Bedürfnisse des Heeres und der Flotte haben Sie in Anerkennung dessen, was die Politik Meiner Regierung, gestützt auf die expropte Schlagnäsigkeit und Tapferkeit Meines Heeres, bisher geleistet hat, den Entschluß fundgegeben, das Errungene zu wahren.

In der Feststellung des Haushaltsetats vor dem Eintritt des gegenwärtigen Etatsjahres ist eine weitere Bürgschaft für die feste Gestaltung der verfassungsmäßigen Zustände gewonnen.

Meine Regierung hat durch den zeitweiligen Verzicht auf einzelne Ausgabe-Positionen, welche bei Fortführung der Verwaltung schwer entbehrt werden, einen neuen Beweis dafür gegeben, welchen Werth sie auf die Verständigung mit der Landes-Vertretung legt. Sie darf um so zuverlässlicher hoffen, daß den in Rede stehenden Bedürfnissen Anerkennung und Befriedigung künftig nicht versagt werden wird.

Mit besonders lebhaftem Danke erkenne Ich die Bereitwilligkeit an, mit welcher die Landes-Vertretung Meiner Regierung die Mittel gewährt hat, die Lage der im Kampfe für das Vaterland erwerbsunfähig gewordenen Krieger, sowie der Wittwen und Kinder der Gefallenen zu erleichtern.

Nachdem die Landes-Vertretung bei der Ausführung der Veränderungen, welche die erhebliche Erweiterung des preußischen Staatsgebietes notwendig macht, ihre eingehende Mitwirkung gewährt und die Überleitung der bisherigen Zustände der neu erworbenen Landesteile in die volle Gemeinschaft mit den älteren Provinzen vertrauensvoll in Meine Hände gelegt hat, darf Ich mit Zuversicht erwarten, daß die Bewohner aller jetzt mit Preußen vereinigten Länder sich mehr und mehr in dem großen Gemeinwesen ihrer Landsleute und bisherigen Nachbarn heimisch fühlen und an den Aufgaben derselben mit wachsender Hingabe beteiligen werden.

Die bereits vorbereitete Heranziehung von Vertretern derselben zu den beiden Häusern des Landtages wird dazu beitragen, das Bewußtsein der Zusammlengehörigkeit mit den älteren Theilen der Monarchie zu festigen und zu beleben.

Bornehmlich aber wird die sorgliche und gewissenhafte Pflege aller kleinen öffentlichen Wohlfahrt, wie sie das preußische Volk von seiner Regierung zu erfahren gewohnt ist, und wie sie durch das Zusammenwirken des Landtages mit Meiner Regierung in der so eben zu Ende gehenden Session wesentlich gefördert worden ist, auch die Bevölkerung der neuen Provinzen mehr und mehr die Segnungen der neuen Gemeinschaft empfinden lassen.

Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens konnte Meiner Regierung, gesücht auf das Einverständniß mit der Landes-Vertretung, wesentliche Erleichterungen und Verbesserungen in's Leben rufen.

Die Annahme der Aufhebung des Salz-Monopols und des Gerichtskosten-Zuschlages, die Regelung der Verhältnisse der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften, die Aufhebung der Beschränkungen des Zinsfußes, die Post- und Handels-Verträge, die Umwandlung der pommerischen Lehne, die Beseitigung der Rheinschiffahrts-Abgaben, die Verbesserung der Besoldungen der niederen Beamten und der Lehrer, sowie die Bewilligung der Mittel zur Ausführung und Bervollständigung wichtiger Eisenbahnen, werden in weiten Kreisen als dankenswerthe Früchte dieser Session begrüßt werden.

Während die spezielle Entwicklung des preußischen Staatswesens durch das einheitliche Zusammenwirken der Landes-Vertretung mit Meiner Regierung eine erfreuliche Förderung erfahren hat, berechtigt Mich die Thatache, daß der Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes von allen mit Preußen verbündeten Regierungen angenommen worden ist, zu der Zuversicht, daß auf der Grundlage einer einheitlichen Organisation, wie Deutschland sie in Jahrhunderten des Kampfes bisher vergeblich erstrebt hatte, dem deutschen Volke die Segnungen werden zu Theil werden, zu welchen es durch die Fülle der Macht und Gestaltung, die ihm bewohnt, von der Vorsehung berufen ist, sobald es seinen Frieden im Innern und nach Außen zu wahren versteht. Ich werpe es als den höchsten Ruhm Meiner Krone ansehen, wenn Gott Mich berufen hat, die Kraft Meines durch Treue, Tapferkeit und Bildung starken Volkes zur Herstellung dauernder Einigkeit der deutschen Stämme und ihrer Fürsten zu verwerthen.

Auf Gott, der uns so gnädig geführt hat, vertraue Ich, daß Er uns dieses Ziel wird erreichen lassen!

Danzig, Montag, den 11. Februar 1867.



Insertions-Gebühren: die Petit-Spalte oder deren Raum 1 Sgr.

Inserate nehmen an:

in Berlin: A. Mettemeyer's Central-Annonce-Bureau, Breitestr. 2, in Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasestein & Vogler, in Leipzig: Illgen & Co.

in Danzig: die Expedition der Westpreuß. Zeitung, Hundegasse 70.

Einzelne Nummern 1 Sgr.

Von Berlin: A. Mettemeyer's Central-Annonce-Bureau, Breitestr. 2,

in Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasestein & Vogler,

in Leipzig: Illgen & Co.

in Danzig: die Expedition der Westpreuß. Zeitung, Hundegasse 70.

Einzelne Nummern 1 Sgr.

ihm angebotene Portefeuille des Unterrichts angenommen. Graf Anton Auerberg (Anastasius Grün) sei telegraphisch aus Graz berufen.

Die "Presse" nennt als Kandidaten für das Ministerium des Innern den Grafen Taaffe, für das der Justiz den Staatsminister Schmerling.

Wien, 10. Febr. Wie die "Neue freie Presse" wissen will, soll Staatsrat v. Halshuber zum Minister des Innern designirt sein.

Paris, 10. Febr. Der "Moniteur" veröffentlicht ein Dekret, durch welches die Einführung und der Transit von Haustieren entlang der gesamten nördlichen Grenze von Dunkirk bis zum Rhein wegen der in Belgien ausgebrochenen Kinderpest untersagt wird.

Paris, 8. Febr. Der Zeitungstempel ist für alle Blätter auf 3 Centimes festgesetzt worden. Gewisse Presseverbrechen sollen fortan der Kompetenz des Schwurgerichts, die Mehrzahl der Pressevergehen der des Zucht-Polizei-Gerichts unterliegen.

Florenz, 9. Febr. Die Kirchengüter-Kommission hat den Abgeordneten Crispi zum Berichterstatter für das Plenum ernannt mit der Ermächtigung, dem Hause Ablehnung des Scialoja'schen Projekts zu empfehlen. Bezüglich des politischen Theiles des Gesetzentwurfs lehnte es die Kommission einstimmig, bezüglich des finanziellen Theils mit 5 gegen 4 Stimmen ab, einen Gegenentwurf aufzustellen.

Triest, 8. Febr. Nachrichten der Levante post. Aus Athen vom 4. wird gemeldet: Die Regierung legte der Kammer einen Gesetzentwurf vor, betreffend den Ankauf von 2 Panzerfregatten und vier Korvetten. Der Finanzminister brachte einen Gesetzentwurf ein, bezüglich Anerkennung der britischen Anleihe vom Jahre 1825. Es wird eine neue Anleihe zu kontrahiren beabsichtigt.

Nach Bukarest, Serbien und Montenegro sind geheime Missionen abgegangen; eine ausgedehnte Propaganda arbeitet an der Revolutionierung der türkischen Grenzprovinzen.

Nachrichten der Ueberlandpost. Die in Shanghai eingetroffene preußische Korvette "Bineta" wird im Verein mit anderen preußischen Schiffen, welche noch erwartet werden, sich der gemeinschaftlichen Aktion der anderen Seemächte gegen die Piraten anschließen.

London, 9. Febr. Die "Asia" hat folgende Nachrichten aus New-York vom 31. v. Mts. überbracht: Präsident Johnson hat gegen die Bills, welche Nebraska und Colorado als Staaten anerkennen, sein Veto eingelegt. Der Unionsgesandte in Wien, Motley, hat seinen Abschied genommen.

Aus Veracruz vom 24. Dezember v. J. wird gemeldet, daß der juristische Beauftragte in Mazatlan den dortigen amerikanischen Konsul Carman hatte hinrichten lassen, weil derselbe beschuldigt wurde, zwei Mexikaner getötet zu haben. Der Kommandeur eines Unions-Kanonenbootes forderte Genugthuung und bombardierte, weil dieselbe verweigert wurde, die Stadt.

London, 10. Febr. Aus New-York wird vom 7. d. Morgens gemeldet: Das Rekonstruktionscomitee hat im Repräsentantenhaus über die Bill Bericht erstattet, laut welcher die künftige Heeresreorganisation mit Bestimmtheit erwartet.

Wien, 9. Febr. Dem "Wiener Journal" zufolge hat Professor Hasner das

Bukarest, 9. Februar. Der Minister des Auswärtigen Stirbey, ist in außerordentlicher Mission nach Wien gereist.

Fürst Karl und dessen Bruder, der Prinz Friedrich von Hohenzollern, treffen übermorgen in Bukarest ein.

Konstantinopel, 9. Febr. Die Thronrede der Königin von Großbritannien wird hier allgemein mit Vertrauen aufgenommen. Die Course der türkischen Staatspapiere haben sich gehoben. Die Meldung, daß auf der Insel Chios Unruhen stattgefunden, bestätigt sich nicht.

Das türkische Journal „Havandis“ erklärt: Nicht der Westen Europas, sondern die Türkei selbst werde aus eigner Initiative die orientalische Frage zur Lösung bringen, und zwar durch Emanzipierung der Christen, durch Herstellung eines guten Einvernehmens mit den Muslimen und durch Einberufung einer Nationalversammlung.

Herrenhaus.

Berlin, 9. Februar.

Die in der Schluss-Sitzung des Herrenhauses, nach Verlesung der Königlichen Botschaft, von dem Herrn Präsidenten, Grafen zu Stoßberg-Wernigerode, gehaltene Rede lautet, wie folgt:

Meine Herren! Nach den so eben vernommenen Worten stehen wir am Schlusse einer Sitzungsperiode, die eben so langdauernd als bedeutsam gewesen ist. Unserer Berathung hat eine große Anzahl von Gesetzen vorgelegen, von denen wir bewußt waren, daß sie einen weitgreisenden und nachhaltigen Einfluß auf die politische, sittliche und materielle Entwicklung nicht nur der alten Landestheile, sondern auch derjenigen unseres Vaterlandes üben werden, durch welche dasselbe vermöge der Kraft und Weisheit unseres Königlichen Herrn, des Heldenmuthes unserer Arme und der besonnunen und umsichtigen Verwaltung unserer auswärtigen Angelegenheiten erweitert worden ist. Die Prüfung dieser Vorlagen hat in diesem Hause mit Gewissenhaftigkeit und dem alten preußischen Sinne und Geiste stattgefunden, nach welchem persönliche Bedenken dem Vertrauen auf Se. Majestät den König und Alerhöchstero Räthe in der Sorge für das Wohl und das Interesse Aller bei uns stets untergeordnet worden sind. Auf diesem Boden haben wir in dieser Sitzungsperiode auch ein erfreuliches Entgegenkommen bei dem andern Theile der Landesvertretung gefunden. Aus der gewonnenen Verständigung sind als Früchte 53 Gesetzentwürfe, zum Theil von erheblichem Umfange, zum Theil von der Bedeutung hervorgegangen, die ich vorhin bezeichnet habe. Möge Gott Seinen Segen geben, daß durch sie ein wohlthätiger Einfluß geübt und die Bucht und die Treue und der Gehorsam erhalten und gefördert werde, durch welche das preußische Volk unter der Führung der Hohenzollern der feste Schirm und Port geworden ist, unter dem die Volksstämme und Staaten Deutschlands zur festen Einigung gelangen mögen!

Ich ertheile nunmehr das Wort zur Geschäfts-Ordnung dem Hrn. v. Frankenberg-Ludwigsdorff.

Nachdem derselbe das Haus zum Danke gegen den Präsidenten aufgefordert und die Versammlung sich von ihren Plägen erhoben hatte, äußerte sich der Präsident noch in folgender Weise:

Indem ich den Herren meinen gehorsamen und wirklich tiefgefühlten Dank sage, glaube ich noch einige Worte daran hinzufügen zu sollen. Mir scheint nämlich, daß der gegenwärtige Augenblick auch in der Hinsicht ein bedeutender ist, als es das letzte Mal ist, daß wir uns in der gegenwärtigen Zusammensetzung hier befinden. Ich denke dabei nicht an die Veränderung, welche uns göttlichen Rathsfuß bringen kann, indem er den Einen oder den Anderen aus diesem Leben abruft; ich denke nicht an eine andere Organisation dieses Hauses, da die gegenwärtige gesetzlich und fest geordnet ist; ich denke aber an die Vermehrung seiner Mitglieder, die wir aus den neuen Landestheilen zu erwarten haben. Ich lebe der sicheren Hoffnung, daß, wie die neu hinzutretenden Elemente eine freundliche Aufnahme in diesem Hause finden werden, sie sich auch bald hier heimisch fühlen und sich mit uns vereinbauen werden. Aber, wie dem auch sei, jedenfalls beendet das Haus mit dem heutigen Tage einen Abschnitt seiner Geschichte; mit dem nächsten Zusammentritte dieses Hauses beginnt ein neuer Abschnitt, der ihm eine Erweiterung seiner Mitgliederzahl, eine Erweiterung seiner Aufgaben und seiner Pflichten bringen muß. Gott gebe, daß wir mit derselben Treue und mit derselben Gesinnung gegen Gott, König und Vaterland diesem neuen Abschnitt entgegengehen und daß wir immer die Parole des Hauses auch ferner festhalten wollen: Für Gott, König und Vaterland unser Bestes einzusehen wollen! Bethalten Sie sich zum Gelöbniss, daß wir mit festem Vertrauen und gutem Willen den neuen Aufgaben entgegengehen, mit mir in dem Kriege:

„Es lebe Se. Majestät der König, unser Allergnädigster Herr! Er lebe hoch! Und nochmals hoch! Und immer hoch!“

(Das Haus stimmt dreimal mit erhobener Rechten diesen Ruf begeistert ein.)

In- und Ausland.

Bremen. □ Berlin, 9. Februar. Die Thronrede ist schon nach ihrer äußeren Erscheinung eine kurze; sie ist aber auch eine blödige, vollkommen dem Charakter unseres Königs entsprechend, welcher stets nur die Sache im Auge habend auf den Prunk der Worte, den rhetorischen Schmuck wenig Wert legt. War es schon immer die Weise des Königs, auch in seinem politischen Ausdruck seinen Character zu behaupten, so kam dem Könige bei dem heutigen Landtagsschlusse noch zu Statten, daß die Situation ihn in die Lage setzte, seine Aussprache in dem Ausdruck der Befriedigung, sowohl über die Ergebnisse der Session, als auch über die sie begleitenden Ereignisse zusammenzufassen. Nach dieser Richtung hin wird der Lösung des Conflictes, der Gewährung der Mittel für die Bedürfnisse des Heeres und der Flotte, wie zur Linderung der Lage der im Kampfe für das Vaterland Geschädigten, endlich der Erweiterung des preußischen Staatsgebiets gedacht. Das Verweilen der Thronrede bei diesem Punkte, die große Wärme, mit welcher der König sich ausspricht, läßt den Wert erkennen, den die Regierung darauf legt, daß die neuen Landestheile bald innig mit dem preußischen Staatskörper vereinigt sein möchten, und wie gewiß nichts unterlassen werden wird, was diese Vereinigung fördern und beschleunigen kann. Daß die Thronrede das Zusammenfallen des Landtagsschlusses mit dem Schluß der Konferenzen der Bevollmächtigten des norddeutschen Bundes constatiren konnte, darf wohl als ein ganz besonders günstiges Vorzeichen betrachtet werden, als ein glückliches Omen für das Gelingen des Werkes, für welches der nunmehr unterzeichnete Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes die Grundlage bildet soll. Wahrlich, es könnte dem Landtage beim Schluß keine bessere Wahltheilung gemacht werden, als daß er nur die Pause zu dem Wiederbeginn der auf die Neugestaltung Deutschlands gerichteten Arbeiten zu bilden habe. Die Art und Weise, wie sich der König darüber ausspricht, zeugt von dem Ernst, mit welchem die preußische Politik in allen ihren Regionen auf die Vollendung der großen Aufgabe gerichtet ist. Die Worte des Königs zeugen aber auch von der freundlichen Aussicht, welche ihr zur Seite steht, ermutigend für Alle, welche mit ihren Bestrebungen dabei beteiligt sind. Um so erfreulicher ist diese Aussicht, weil sie schwer errungen war, da die Unterzeichnung des Verfassungsentwurfs allen jenen Schwierigkeiten abgerungen werden mußte, die eine Neugestaltung der Verhältnisse so umfanglicher Art notwendig in sich schließt. Daß diese Schwierigkeiten überwunden werden könnten, fügt den glücklichen Vorzeichen der Thronrede noch das Zeugnis der einflußreichen Stellung hinzu, welche Preußen durch die jüngsten Ereignisse gewonnen. Wir sind auch nach dieser Seite hin, zu der Hoffnung berechtigt, daß das Zusammenwirken aller dieser günstigen Umstände die Neugestaltung Deutschlands zur Verwirklichung führen werde. Als charakteristisch für den diesjährigen Landtagsschlusß wäre auch die anerkennende Hinweisung auf das Herrenhaus in der Rede des Präsidenten des Abgeordnetenhauses hervorzuheben, ein Fall, der sich bis jetzt noch niemals ereignet hat, und nun zum ersten Male gewissermaßen als ein Bürge des geheimlichen Zusammenwirkens der Kräfte erscheint, welches sich in so erfreulicher Weise offenbart. So gibt sich der Ausdruck der Befriedigung, welchen die Thronrede an sich trägt, auch in der Richtung auf die Vorgänge der Session selbst als ein berechtigter zu erkennen. Wurde der Verlauf der Verhandlungen durch manche Wolke getrübt, traten Differenzen hervor, die eine Polemik hervorrufen mußten, die auf beiden Seiten mit gleicher Schärfe geführt wurde, so hat die zuletzt erreichte Ausgleichung darin nur vorübergehende Ercheinungen erkennen lassen, welche im Rückblick von dem nunmehr erreichten Standpunkte, sich in der That nur als Wolkengilde erweisen. Nicht allein, daß der Konflikt ausgeglichen ist, die Landesvertretung hat auch die Mittel gewährt, durch welche die Regierung in den Stand gesetzt wird, den Bedürfnissen des Landes zu genügen und in die der Mission Preußens in Deutschland entsprechende Action einzutreten. Bei solchen Ergebnissen konnte die Thronrede über die Divergenzen der

vergangenen Session hinwegsehen; sie waren mit Recht als ephemäre Erscheinungen der Vergessenheit zu überliefern. — Die Unterzeichnung des Verfassungsentwurfs konnte schon in der Thronrede aufgenommen werden, denn wiewohl sie in vollster Form erst heute erfolgte, war doch gestern schon der materielle Abschluß erreicht, so daß über die Gültigkeit der getroffenen Vereinbarung nicht mehr der mindeste Zweifel auftreten konnte. Ueberhaupt war die befriedigende Erledigung der Verhandlungen über den Verfassungsentwurf schon seit langer Zeit in bestimmte Aussicht zu nehmen. — Als ein günstiges Merkmal der Vereinigung der neuen Provinzen, welcher die Fürsorge unseres Königs gewidmet ist, läßt sich jetzt auch eine in Hannover, Hahn'sche Hofbuchhandlung erschienene Schrift: „Vermittelungsvorschlag zur Reform der hannoverschen Verwaltung“ anführen. Abgesehen davon, daß die Schrift mit großer Schicklichkeit verfaßt, auf interessante Einzelheiten der hannoverschen Verwaltungsverhältnisse sehr ausführlich eingehet, ist darin jener Vereinigung recht speziell das Wort geredet. Die Schrift hebt den sehr richtigen Gesichtspunkt hervor, daß die Umgestaltung der dortigen Verwaltungs-Verhältnisse, namentlich deshalb wünschenswert sei, ihre Umformung nach preußischem Muster sich deshalb dringend empfehle, weil die bisherige hannoversche Verwaltung durch ihre Zersplitterung den betreffenden Beamten zwar einen angenehmen Tag bereitet habe, für die Staatsklassen aber Lasten herbeiführte, welche mit der Tätigkeit, die für den Staatszweck aufgewendet wurde, nicht in dem richtigen Verhältniß stand. Die Ersetzung der dortigen Ämter durch das in Preußen bestehende Verwaltungssystem sei der hier gebotene Weg der Verbesserung. Daß die Schrift nicht von einer Seite kommt, der etwa ein abhängiges Urteil zuzuschreiben wäre, ergeben die dem diesseitigen Regierungs-Interesse nicht entsprechende Rathsäfäge und Wünsche, für welche sich die Schrift einlegt, die keineswegs die Ansichten der Regierung widergiebt, sondern recht eigentlich den Standpunkt des hannoverschen Lokalinteresses vertritt. Man weiß ja überdem, daß diese Verwaltungsangelegenheit noch zur Erwähnung steht, so daß von privater Seite her noch keine bestimmte Ansicht über die offizielle Auffassung sich bilden konnte. — Wenn der Kriegsrath Bredow als mit einer Regulirung der Domänenverwaltung in Hannover nach preußischen Normen beauftragt worden, so sind wir über diese Personalangelegenheit nicht unterrichtet. Zur Sache aber wäre anzuführen, daß es allerdings seine Richtigkeit hat, wenn gesagt wird, daß die Verwaltung und Verpachtung der Domänen in hannoverschen Landen nach preußischen Normen geregelt werden soll. Wir können noch hinzufügen, daß für die Regelung des Verfahrens bereits entscheidende Anordnungen getroffen wurden. — Das Bureau der hiesigen Central-Anstellungs-Kommission ist nach Paris abgereist, um während der Dauer der Ausstellung daselbst zu verbleiben; ingleichen hat sich auch der Geh. Regierungsrath Herzog aus dem Handelsministerium zur Ausstellung nach Paris begeben. Postrath Stephan geht demnächst nach Frankfurt a. M. anlässlich der Geschäfte, welche die Überlassung der Turn- und Taxisschen Postverwaltung an Preußen nötig macht. Der Generalpost-Direktor v. Philippssborn ist von seiner Erkrankung wieder so weit hergestellt, daß er gestern schon einer Sitzung beiwohnen konnte.

— Die Spannung, mit der man den Resultaten der Wahlen für den Norddeutschen Reichstag entgegensteht, gibt sich auch dadurch kund, daß im Publikum vielfach die Meinung gehegt wird, das Ergebnis könne schon am 15. Februar kund werden. Diese Erwartung ist jedoch mit d. m. Wahlreglement nicht vereinbar. Danach kann die Bekanntmachung des Resultats erst am vierten Tage nach der Wahl, also am 16. Februar, erfolgen. Das Wahl-Reglement bestimmt nämlich im § 27, daß die Wahlvorsteher dem Wahlkommissar die Protokolle spätestens im Laufe des dritten Tages nach dem Wahltermin einreichen müssen, und nach den §§ 28 und 29 hat der Wahlkommissar am vierten Tage nach dem Wahltermin die Ermittlung des Wahlergebnisses vorzunehmen und darauf die Verkündigung des Resultats folgen zu lassen.

— Über die Gestalt der künftigen Norddeutschen Kriegsflagge erklärt der „H. C.“ Folgendes: Die Figur des Eisernen Kreuzes auf weißem Grunde heißt die Flagge in vier Felder, von denen das eine Feld links oben wiederum in drei kleinere Felder ein schwarzes, ein weißes, ein rothes, geheilt ist, in der Mitte der kleineren Feldes befindet sich der preußische Adler. — Wir hoffen, daß auch die Verhandlungen des

— Der „Staatsanzeiger“ publicirt 1. einen Allerbötesten Erlass vom 14. Januar, betreffend die Verleihung der fiscalischen Borechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chanccee von Brachtendorfs Mühle an der Glasmühlestraße im Kreise Zell, des Regierungsbezirks Coblenz, über Alt- und Mittel-Strommündung und Blauenthal bis Gassenhof an der Lützerath-Gödenrother Bezirksstraße; 2. das Reglement über den Zutritt und die Eintrittsgelder für die Allgemeine Ausstellung von 1867 in Paris.

— Zu Betreff der diesjährigen Truppenübungen veröffentlicht das „Militär-Wochenblatt“ folgende Allerböteste Kabinets-Ordre:

Auf den Mir gehaltenen Vortrag bestimme Ich in Betreff der diesjährigen Truppen-Übungen Folgendes:

1. Herbst-Übungen im Sinne der Ordre vom 27. Februar 1845 haben weder beim Garde-Korps noch bei den Provinzial-Armee-Korps stattzufinden. Dagegen ist es Mein Wille, daß diejenigen Karabiner-Regimenter, welche mehr als eine Garnison haben, zu einem zehnmaligen Exerzieren im Regiment an geeigneten Punkten zusammengezogen werden, jedoch nicht vor Anfang Juli. — Ferner will ich, daß die Truppen im Sommer garnisonweise Feld Dienst-Übungen und zwar, wo dies nach Maßgabe der Dislokations-Verhältnisse, sowie in Rücksicht auf die Schießübungen der Artillerie ausführbar ist, mit gemischten Waffen in möglichster Ausdehnung abhalten, zu welchem Beauftragt ihnen die Mittel für ein zweimaliges Bivouac-Zeit zu gewähren sind. Diese Übungen haben nicht vor Mitte Juli zu beginnen und sind mit Ende dieses Monats abzuschließen.

2. Größere technische Übungen der Pioniere finden gleichfalls nicht statt.

3. Übungen der Landwehr-Infanterie, Kavallerie, Artillerie, der Pioniere und des Trains, sowie der im Reserve- und Landwehr-Verhältniß befindlichen Jäger und Schützen sind beim Garde-Korps und 1. bis 8. Armee-Korps nicht abzuhalten. Bezuglich der Übungen der im Reserve- und Landwehr-Verhältniß befindlichen Mannschaften im Bezirk des 9., 10. und 11. Armee-Korps bleiben besondere Bestimmungen vorbehalten.

4. Landwehr-Offiziere und Landwehr-Offizier-Aspiranten aller Waffen sind, nach Maßgabe des durch die betreffenden Befehlshabern in jedem speziellen Falle zu beurtheilenden Bedürfnisses während 3 bis 6 Wochen bei der Linie zu üben.

Nach Inhalt des Vorstehenden, sowie in Beurtheilung der in diesem Jahre obwalten den besonderen Verhältnissen haben die Truppen-Befehlshaber den Dienstbetrieb für den nächsten Sommer zu regeln. Ich beauftrage das Kriegs-Ministerium hierach das Weiter zu veranlassen.

Berlin, den 31. Januar 1867.

geg. Wilhelm.
geg. Noor.

An das Kriegs-Ministerium.

— Durch Alerh. Ordre vom 3. Januar d. J. ist genehmigt worden, daß die Bestimmungen der Alerh. Ordre vom 27. Juni v. J., wonach den verabschiedeten Offizieren die Zeit, während welcher sie zum aktiven Dienst in der Armee herangezogen werden und in einer etatsmäßigen Stelle Gehalt und Servis &c. empfangen, als fortgesetzte pensionstüchtige Dienstzeit gerechnet werden soll, auch zu Gunsten der zum Dienst wiederherangezogenen pensionirten Beamten der Militär-Verwaltung in Anwendung kommen dürfen.

— Die Bevollmächtigten der Norddeutschen Staaten hatten Sonnabend um 12 Uhr die Schlusssitzung und begaben sich um drei Uhr unter Führung des Wirklichen Geheimen Raths v. Savigny zu Sr. Maj. dem Könige. Die Thronrede erklärt uns bereits, daß der Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes von allen mit Preußen verbündeten Regierungen angenommen worden ist. — (In Betreff Sachsen's verlaute nach der „N. P. Btg.“: Preußen habe mit Rücksicht auf das dem Könige von Preußen im Krieg und Frieden zustehende Dislocatonsrecht auf das Besitzungsrecht in Dresden verzichtet.)

— Nachdem in den letzten Tagen das Einverständniß über die von einzelnen Bundes-Regierungen noch offen gehaltenen Fragen erzielt worden war, hat Sonnabend die allseitige Genehmigung des dem Reichstage vorzulegenden Verfassungsentwurfs von Seiten der Vertreter der Bundesstaaten stattgefunden, und ist somit die Verfassung des Norddeutschen Bundes in ihren Grundzügen sicher gestellt. Die einzelnen Regierungen haben befreitwillig einen Theil ihrer Sonderrechte auf ein deutsches Gemeinwesen übertragen, welches seinen Mitgliedern Sicherheit, und dem deutschen Volke eine nationale Entwicklung zu verbürgen befähigt sein wird. Die Bundesregierungen haben dies gethan im Vertrauen auf die Macht und die besonnene Festigkeit der preußischen Regierung, welche sowohl der inneren Entwicklung, als der Sicherheit nach außen eine feste Unterlage zu gewähren im Stande ist. Die preußische Regierung hat für die ihr zufallende obere Leitung der Bundesangelegenheiten nur dasjenige Maß von Rechten beansprucht, welches ihr im Interesse der Gesamtheit unentbehrlich schien und die Bundesgenossen Preußens haben die Rechte in dem Vertrauen gewährt, daß diese maßhaltende Politik Preußens sich in den Verhandlungen mit dem Reichstage nicht verleugnen und das nationale Werk im bundesfreundlichen Wege und zur Befriedigung aller Beteiligten zum Biele führen werde. Die Aufgabe der Königlichen Regierung wird es sein, diesem Vertrauen zu entsprechen. Erfreulich ist für das zukünftige Gediehen des unternommenen Werkes die Wahrnehmung, daß besonders in den Verhandlungen mit dem Königreich Sachsen, auf beiden Seiten der Geist der Versöhnung vorgewahlt hat, welcher sich von den Erinnerungen an die Erfahrungen der Vergangenheit frei zu halten und sich ausschließlich den nationalen Aufgaben der Zukunft zuzuwenden weiß. — Wir hoffen,

— Der „Staatsanzeiger“ publicirt 1. einen Allerbötesten Erlass vom 14. Januar, betreffend die Verleihung der fiscalischen Borechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chanccee von Brachtendorfs Mühle an der Glasmühlestraße im Kreise Zell, des Regierungsbezirks Coblenz, über Alt- und Mittel-Strommündung und Blauenthal bis Gassenhof an der Lützerath-Gödenrother Bezirksstraße; 2. das Reglement über den Zutritt und die Eintrittsgelder für die Allgemeine Ausstellung von 1867 in Paris.

Reichstages von derselben Geiste der Ver-
söhnung und Mäßigung getragen sein werden,
der sich stets beweist bleibt, daß es sich, wenn
das Werk gelingen soll, in Zukunft nicht mehr
um Eiserne und Sonderbestrebungen der
deutschen Stämme, sondern um die Verschmel-
zung derselben zu einem deutschen Gemein-
wesen, unter gegenseitiger Achtung und Schon-
ung der Eigenthümlichkeiten eines jeden der-
selben handeln darf. Was die Verhandlungen des
Reichstages betrifft, so werden sie in derselben
Weise und mit derselben Freiheit der Deffentlichkeit
anheimfallen, wie diejenigen des Preußischen
Landtages und wird der Erfolg den Beweis
liefern, daß die Betrachtungen, welche ein
Theil der Presse in dieser Beziehung an die
Verwerfung des Bauer'schen Antrages im
Herrenhause knüpft, der trüben Quelle des
Parteireibens ihres Ursprungs verdanken.

— Ueber die Constituirung eines süd-
deutschen Bundes und die Stellung
des Norddeutschen Bundes zu demselben,
hört man, daß die preußische Regierung
eine Erklärung abgegeben habe, die mit
großer Offenheit das lebhafte Interesse dar-
legt, welches Preußen an einem festen An-
schluß der süddeutschen Staaten untereinander
nehme; gleichzeitig werde aber die bestimmteste
Versicherung ertheilt, daß Preußen sich
hinsichtlich der Beziehungen zwischen dem nord-
deutschen und dem in Aussicht stehenden süd-
deutschen Bunde durchaus an den Prager
Frieden zu halten gedenke. Diese Beziehungen
würde es einerseits so enge als mög-
lich zu knüpfen, andererseits sei es aber ent-
schlossen, die Grenzen jener Abmachungen
des Prager Friedens nicht zu überschreiten
und die weitere Entwicklung der gegebenen
Verhältnisse dem natürlichen Laufe, der Dinge
zu überlassen.

Laut Mittheilungen über die am 5. d.
beendigte süddeutsche Minister-Conferenz in
Stuttgart, welche offiziell den Titel: "Con-
ferenzen wegen Herstellung einer gemein-
samen Wehrverfassung" führt, hört man
weiter, daß, da der "Bürtemb. Staatsanz."
nur von einer "allseitigen Verständigung"
spricht, daraus wohl der Schluß gezogen
werden könne, daß ein förmlicher Entwurf
einer gemeinsamen Wehrverfassung nicht fest-
gestellt worden sei. Man meint, es sei mög-
lich, daß die Ratifikationen erst erfolgen
sollen, nachdem die besonderen Punkte,
über die wahrscheinlich noch Meinungs-
verschiedenheiten bestehen, zwischen den
einzelnen Regierungen vereinbart worden seien.
Dabei soll namentlich der Stand der Ver-
handlungen zwischen Preußen und Hessen-
Darmstadt in Frage kommen. Besondere
Schwierigkeiten, heißt es, scheine die Haltung
Badens verursacht zu haben, das allem eifrig
entgegengearbeitet, was einer definitiven
Feststellung der Mainlinie, einem Südbunde
oder dergleichen auch nur entfernt ähnlich
sehen würde. Man hält es daher für bedeu-
tungsvoll, daß der Großherzog von Baden
am 6. d. mit dem Fürsten Hohenlohe in
Mühlacker, einer Eisenbahnhauptstation zwischen
Stuttgart und Karlsruhe, eine Zusammen-
kunft gehabt hat.

— Das Amtsblatt des Königl. Post-
Departements (Nr. 9 vom 6. Februar) ent-
hält folgende General-Befreiungen vom
2. Februar: 1) Portofreiheit der evange-
listischen Gustav-Adolph-Stiftung betreffend;
2) die Dampfschiffs-Verbindung zwischen
Kiel und Korsör betreffend; 3) Ermäßi-
gung des russischen Fahrpost-Tarifs für
Sendungen mit Büchern; 4) Benutzung
preußischer Freimarken und Franco-Converts
der Groschenmünze zur Frankirung der
Post-Sendungen aus dem Ober-Post-
directions-Bezirk Kiel.

— Als Beweis, wie schnell der legisla-
torische Apparat in Preußen arbeiten kann,
dielen folgende den Thurn- und Taxischen
Vertrag betreffenden Daten: Der Vertrag
wurde am 28. Januar Abends 7½ Uhr
unterzeichnet. Noch an demselben Abend
wurde der Bericht des Staatsministeriums mit
der Gesetzesvorlage und den Motiven ent-
worfen und in Circulation gesetzt, am 29.
Mittags dem Könige überreicht, von diesem
genehmigt und der Gesetzeswurf eine halbe
Stunde später dem Abgeordnetenhaus vor-
gelegt. Hier wurde derselbe bereits
am 30. gedruckt vertheilt, am 31. beriet die
Commission, am 2. Februar das Plenum und
nachmittags ging der Beschuß dem Her-
renhause zu. Hier wurde die Vorlage schon
am 3. gedruckt vertheilt, die Commission be-
rieth am 4. Abends und das Plenum, nach-
dem der Bericht in der Nacht gedruckt war,
am 5. An demselben Tage ging auch schon
die Benachrichtigung über die Annahme der
Gesetzesvorlage beim Staatsministerium ein,
von wo aus am 6. der Immediatbericht über
die Sanction des Gesetzes und Ratifikation
des Vertrages dem Könige überreicht wurde.

Frankreich. Paris, 8. Febr. Die Ga-
zette de France wird nicht müde, das Kai-
serreich dafür verantwortlich zu machen, daß
es nicht rechtzeitig über Preußen hergefallen
und jetzt in der Notwendigkeit sei, einen
Krieg zu wagen, um Preußen wieder eine
heilsame Furcht einzujagen. "Früher hätte
Preußen es nie gewagt, die Wiederherstel-
lung eines deutschen Reiches zu versuchen,
und zwar schon aus Furcht vor Frankreich nicht",
meint die Gazette. Ja, wenn so ein
armeliger Mensch, wie der "homme prin-
cipe" der Gazette de France, auf dem fran-
zösischen Throne säße, da freilich würden die

Deutschen einen ganz anderen Respekt ha-
ben! Die Gazette de France sollte doch
wissen, daß Frankreich nie eine schmählichere
Rolle in der auswärtigen Politik gespielt
hat, als unter den Bourbonen alten und
neuen Datums. Welche Angst Preußen vor
dem bourbonischen Frankreich hatte, hat es
schon bei Dobbach bewiesen.

Italien. Das Abkommen wegen der
Kirchengüter stützt auf eine so heftige Oppo-
sition, daß Viele nicht an die Möglichkeit
der Annahme mehr glauben, obgleich sonst
auch bei der Italienischen Opposition viel
Geschrei und wenig Halt ist. Jedenfalls hat
das Ministerium einen schweren Stand;
denn es hat nicht nur seine alten Gegner
gegen sich, sondern Alle, welche geglaubt
haben, daß man mit den Kirchengütern kurzweg
die große Finanzwunde des Landes
stopfen werde; ferner Alle die, welche nicht
glauben, daß der Römische Stuhl es ernst-
haft mit dem Proiect Langrand Dumonceau
meint. Wenn das Kirchengesetz fällt, wer-
den freilich wohl Scialoja und Borgati zu-
rücktreten müssen; Baron Riccioli aber würde
bleiben; er war ja nie ein Freund des Kir-
chengesetzes, er fand es stets, wie fast alle
Italienischen "Patrioten", zu günstig für die
Kirche, und allerdings, wenn man wirklich
die Absicht hat, die Staatschuld mit Kir-
chengut zu decken, dann sind die 1500 bis
2000 Millionen lire, welche das Gesetz
bringen würde, nur ein Tropfen auf den
heissen Stein. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Kirchengesetzes? Die Aufregung
in Florenz ist groß und ist noch im Steigen;
eine Abberufung des Ministers Tonello von
Rom ist nicht unmöglich.

Amerika. Bekanntlich gingen ihrerzeit
die Radicalen so weit, den Präsidenten zu
beschuldigen, er wisse nicht nur den Aufent-
halt des schließlich in Alexandrien verhafteten
Mörders John Surratt, sondern die
Feinde Johnson's nahmen keinen Anstand,
denselben der Mitwissenschäf an der Ermor-
dung Abraham Lincoln's zu zeihen. Jetzt
wird die radicale Partei der Welt das
Schauspiel bereiten, einen Mörder darüber
zu verhören, ob der oberste Staatsbeamte
bei der Verschwörung gegen das Leben Lin-
coln's beteiligt gewesen ist. Ist der dem
Tode unfehlbar verfallene Surratt mit eini-
gem Galgenhumor begabt und macht sich
den Scherz, Johnson als Theilnehmer an
der Verschwörung zu denunciren, so wird
das in Scene gesetzte Scandalstück alles bis-
her Dagewesene übertreffen.

— Einem Deutschen Blatte wird aus
New-York geschrieben: Grobes Aufsehen er-
regte kürzlich eine stürmische Versammlung
der Stadtverordneten. Es handelte sich um
die Wahl städtischer Beamten für das Jahr
1867, bei welcher eine einzige Stimme den
Ausfall zu Ungunsten der Demokraten gab.
Der Stadtverordnete Brinkman soll, wie
es heißt, seine Stimme an die Republikaner
verkauft haben und dafür zum Vorsitzenden
gewählt worden sein. Doch die Demokraten
finden nicht so leicht zu schlagen! Als Brink-
man in der folgenden Sitzung seinen Platz
einnnehmen wollte, schrien ihm die Demokra-
ten, darunter namentlich ein deutscher Stadt-
verordnete, zu, daß er ein meinidiger Schuft
und unwürdig sei, den Stuhl einzunehmen,
und ein würdiger Stadtwater ergriff in der
Hize der Debatte ein Dintenfaß und schleu-
derte dasselbe gegen den Vorsitzenden, jedoch
gleichfalls ohne denselben zu treffen. Die
Widerwendungen, welche der Angegriffene da-
vontrug, bestanden in Dintenflecken auf Ge-
sicht und Rock. Brinkman aber, der seine
demokratischen Freunde kannte, hatte sich bei-
zeiten vorgeschen und ein Schießen mitge-
bracht, welches unter dem Namen Revolver
sich in Amerika einer nicht unbedeu-
tenden Verbreitung erfreut. Er zog die
Waffe; aber kaum hatte er dies gethan, als
eine ganze Meute sich auf ihn stürzte und
ihn sicherlich in eben so viele Stücke gerissen
hätte, als demokratische Mitglieder im Stadt-
rathe sijen, wenn nicht die Polizei ihre schlüs-
sende Hand ausgestreckt und den Werfer des
Dintenfaßes wie den "angeschwärzten" Vor-
sitzenden verhaftet hätte. Beide wurden vor
den Mayor geführt, welcher ihnen eine ernste
Strafpredigt hielt, und sie dann entließ,
nachdem sie ihr Ehrenwort gegeben hatten,
keinen Friedensbruch zu begehen. Dieser
Vorfall wird der Legislatur einen neuen
Grund geben, den längstgehegten Plan der
vollständigen Abschaffung des Stadtraths
auszuführen. Die Volksvertretung beabsichtigt,
die Stadt durch Commissionen, nach
Art der Polizei-Commission, verwalten zu
lassen. Diese Commissionen, ungefähr fünf
an der Zahl, sollen von dem Gouverneur
des Staates ernannt werden, diesem verant-
wortlich und von einander unabhän-
gig sein.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, 11. Februar

* (Zur Wahl.) Wer seinen König
und sein Vaterland lieb hat, der komme
morgen zur Wahl und bringe seine Freunde
mit und wähle keinen andern als unsern
Mitbürger, Herrn Justizrath Martens,
der die Freiheitskriege 1813 mitkämpft und
1849 in Frankfurt a. M. die Fahne unseres
Königs hochgehalten hat. Möge sich kein
Wähler durch die trügerischen Lockspeisen,
mit welchen perfide Speculanter die schlichten
Wähler täuschen wollen, beirren lassen. Ein-

weg mit den unreisen Fortschritts - Ideen!
Wir wählen einen verständigen Mann in das
Parlament, einen historisch gebildeten, Preu-
sens Macht und Größe anstrebenden, fanati-
schen Utopien abgewiegten, Gott und den
König ehrenden Mann. Er wird dem Mi-
nistrium beitreten, auf der angefangenen
heilsamen Bahn vorwärts zuschreiten und
unser Vaterland immer höherem Ruhme und
gesteigerter Wohlfahrt entgegenzuführen. Vor-
wärts! Mit Gott für König und Vaterland!

— (Herr Regierungs-Schulrat Dr. Wantrup) trifft heute Abend 8 Uhr
59 Min. mit dem Elzige hier ein, und wird
die morgen Abend 7 Uhr im kleinen Saale
stattfindende Generalversammlung des Pr.
Volksvereins mit seinem Besuch beehren.
Wir ersuchen die Freunde unseres Blattes,
dieses zur Kenntnis der Vereinsmitglieder zu
bringen, da denselben es gewiß sehr erwünscht
sein wird, nach so langer Trennung von dem
geehrten Manne wieder einmal ein Stun-
den mit ihm zusammen verleben zu
können.

— (Kreis-Deputirten-Wahl.) Heute
findet die Wahl eines Kreis-Deputirten an Stelle
des verstorbenen General-Landschafts-Direktor v.
Weikmann statt.

— (Die alte Machandelnde in der
Allee), welche so lange zum Abergang des Publi-
kums und zum nächtlichen Aufenthalt des Gefindels
gestanden und dem Zahn der Zeit getrotzt hat,
muß jetzt der Holznott zum Opfer fallen indem
in jeder Nacht einige Bretter verschwinden so daß
dieselbe jetzt schon einen spaßhaften Anblick ge-
währt und zum Fragment wird.

(Stadttheater.) Faust. Das Gastspiel der
Frau Niemann-Seebach, welches leider nur
auf drei Vorstellungen berechnet ist, brachte auch
endlich wieder ein Mal unseres größten Dichters
gewaltigstes Werk auf die Bühne. Die Behauptung:
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung des ersten Theils nicht ange-
ordnet und deshalb sei es auch wohl seine be-
stimmte Absicht gewesen, die Tragödie von der
Bühne fern zu halten. Aber ist denn das die Be-
stimmung des Faust hat Göthe in Acte abgetheilt, und dies
ist zu einer Zeit geschehen, als der erste Theil
des Gedichts längst zur Darstellung gekommen
war. Hierin liegt aber wohl der vollgültigste
Beweis, daß auch Göthe die Darstellung des
Faust gehöre gar nicht auf die Bühne, sei auch für diese nicht geschaffen, ist eine so ver-
breitete geworden, daß wir einige Worte zur
Widerlegung dieser irrthümlichen Ansicht für nötig
erachten. Man hört oft sagen: Göthe habe
ja eine Actenthaltung

